

Familienbeihilfe für Ukrainer: Nationalrat trifft umstrittene Entscheidung

Nationalrat debattiert über Verlängerung von Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld für Ukrainer bis März 2026.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Im Nationalrat Österreichs fand heute eine entscheidende Debatte über die Verlängerung der finanziellen Unterstützung für ukrainische Familien statt. Die Bundesregierung plant, sowohl die Familienbeihilfe als auch das Kinderbetreuungsgeld für Ukrainische Flüchtlinge rückwirkend bis Anfang März 2026 zu verlängern. Dies geschieht, da am kommenden 4. März viele dieser Familien ihren Anspruch auf finanzielle Unterstützung verlieren würden. Ein gemeinsamer Antrag der ÖVP, SPÖ, NEOS und der Grünen, der bereits in der Sitzung eingebracht wurde, soll diese Regelung formal umsetzen. Die grüne Familiensprecherin Barbara Neßler erklärte: „Wir haben den Familien, die vor Putins brutalem Angriffskrieg fliehen mussten, ein Versprechen gegeben: Wir lassen euch nicht im Stich“, und betonte die Notwendigkeit finanzieller Stabilität in Krisenzeiten, wie auf **Die Presse** berichtet.

Politische Kontroversen im Nationalrat

Details	
Vorfall	gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at